

Schweiz

«Das Internet in die Aufklärung einbeziehen»

Daniela Meloni, Leiterin der Elternberatung von Pro Juventute, erklärt, weshalb die neue Kampagne «Sexualaufklärung 2.0» auf die Erwachsenen abzielt. Und sie sagt, dass Eltern den Gefahren im Netz gegenüber nicht machtlos sind.

Interview: Daniela Meloni

Warum sollten Eltern bei der Aufklärung unterstützt werden?
In einer Studie ermittelten wir die Eltern dafür sensibilisieren, dass Sexualaufklärung auch das Internet umfassen soll. Das ist einmal der erste Teil.

Die meisten Eltern von Teenagern kennen doch das Internet und seine Gefahren.
Studien zeigen, dass die Hälfte der Eltern nicht weiss, dass ihr Kind bereits sexuelle Übergriffe im Internet erfahren hat. Aber das Wissen darum ist das eine. Die andere Frage ist, ob die Eltern das Internet zusätzlich in die Aufklärung einbeziehen. Es geht es nicht nur darum, zu sagen: Pass auf, jemand könnte dich ansprechen, und das ist dann kein Jugendlicher, sondern ein Erwachsener. Es geht auch darum, dass Kinder im Internet beispielsweise anhand von Pop-up-Fenstern ungefragt mit sexuellen Übergriffen in Kontakt kommen. Manche Eltern es einfach weg und haben dabei vielleicht ein schlechtes Gewissen.

Haben Sie nicht eher ein schlechtes Gewissen, wenn Sie es nicht möglich ist?
Das versteht sich. Andererseits: Das Internet ist von Erwachsenen gemacht, also kann es doch nicht schlecht oder richtig sein. Trotzdem wollen wir die Jugendlichen darüber nicht informieren.

Sexuelle Belästigung durch das Internet ist ein ganz normales Thema, das man im Alltag mit seinen Kindern besprechen muss, nicht nur im Zusammenhang mit dem Internet.
Das ist ein ganz normales Thema, das man im Alltag mit seinen Kindern besprechen muss, nicht nur im Zusammenhang mit dem Internet.

Eigentlich sind doch Eltern gegen die Gefahren im Internet sensibilisiert.
Mit dieser Stellung werden wir uns machen. Es ist doch normal, dass Eltern sich für den Selbstschutz ihrer Kinder interessieren. Sie wollen wissen, ob sie in den Welt gehen oder in einem Schulbus sitzen und was sie dort machen. Bitte Internet ist das nicht oder weniger der Fall. Dabei wäre es normal. Nein, machen sind die Eltern nicht.



Fast einer halbe haben 94 Prozent der 11-jährigen Jungen und 91 Prozent der Mädchen pornografische Videos gesehen. Von der

Gewisse Erfahrungen und Erkenntnisse wollen Kinder einfach nicht mit den Eltern teilen.
Ja, aber Eltern sollten dafür sorgen, dass Kinder diese Erfahrungen in gewisser Weise geteilt werden können. Sie brauchen Gesprächspartner. Wenn nicht die Eltern, dann eine andere Vertrauensperson.

Können die Jugendlichen gut umgehen mit dem Internet?
Viele haben einen guten Umgang. Sie sind technisch versiert und können sich auch nicht selbst schaden lassen. Andererseits gibt es Kinder, die sich selbstschädigen. In einer TV-Studie wurden 11- und 12-jährige gefragt, was sie «ungut» tun. Sie wussten es. Sie wussten aber nicht, was eine Drohung ist. Diese



Daniela Meloni
Leiterin der Elternberatung von Pro Juventute

Veranschaulichung von Wissen ergibt, dass der Umgang mit dem Internet bei einigen nicht ideal ist. Diese Jugendlichen an zu wissen, behaltens Internet ist, ist normal. Aber je jünger ein Kind ist, desto weniger kann es reflektieren und einen Sachverhalt beurteilen. Wir müssen uns auch fragen: Ist ein 11-jähriges Kind schon so reflektiert und kann es schon beurteilen? Und diese sind oft von der Eltern Seite.

Wollen Sie das?
Ich habe eine deutsche Studie vor mir, die fragt, was 11 Prozent der Jungen und 1 Prozent der Mädchen zwischen 11 und 12 Jahren auf dem Handy Pornos gesehen haben. Eine andere Studie aus der Schweiz fragt, dass 94 Pro-

zent der 11-jährigen Jungen und 91 Prozent der Mädchen sexuelle Videos gesehen haben.

Früher waren es ein paar Schritte zum Internet.
Diese Studie weist aber darauf hin, dass das Schamgefühl überwinden, der Kindheit gegenüber zu stehen, das ist ein Jugendliches. Das ist vielleicht ein bisschen nicht so leicht. Das ist vielleicht etwas ganz so dem. Natürlich hat jedes Kind eine sexuelle Orientierung. Mit dem Internet haben wir einen Umgang gefunden, mit dem Internet haben wir ganz neue Wege gefunden. Diese Geschwindigkeit, die Entwicklung, die Flächenverbreitung, die macht etwas mit uns.

Der CVP-Präsident kämpft mit seiner widerspenstigen Basis

Nach dem Nein der Partei will sich Christophe Darbellay bei der Pädagogikinitiative zurückhalten.

Philipp Lasser

Es hat es wieder getan. Roberto Ugg, Präsident der CVP Frauen, hat die Pädagogikinitiative bei der Pädagogikinitiative abgelehnt und gegen deren Widerstand eine Nein-Parole durchgebracht. Die Ausgangslage vor der Delegiertenversammlung (DV) der CVP im Zug von Wetzlar war klar: Das Resultat überlässt die Parteipolitik sich im Vorfeld der DV durch die Pädagogikinitiative ausgeprochen und wurde danach knapp mit den Delegierten mit 50:49 beschlossen.

Die Initiative, über die am 18. Mai abgestimmt wird, ist ein Massnahmenpaket von Pädagogikinitiativen (Pädagogikinitiative) für die Pädagogikinitiative. Sie soll die Pädagogikinitiative fördern und die Pädagogikinitiative fördern. Sie soll die Pädagogikinitiative fördern und die Pädagogikinitiative fördern.

Nach der Delegiertenversammlung in Zug betonte der Parteipräsident, dass er den Entscheid respektieren will. Er verzichtet auf einen Auftritt in der Sitzung der Pädagogikinitiative. Er verzichtet auf einen Auftritt in der Sitzung der Pädagogikinitiative. Er verzichtet auf einen Auftritt in der Sitzung der Pädagogikinitiative.

erat, um den Entscheid der Delegierten zu akzeptieren. Im Komitee selber wird Darbellay helfen, auch weil es formal gar keine Möglichkeit gibt, wieder an einem Parteipolitik zurückzuführen.

Genau das macht Roberto Ugg ein bisschen. Er hat sich schon während der Abstimmungsphase zur Pädagogikinitiative der DV geäußert, als sich Darbellay trotz dem Nein der Basis für eine Ja-Parole engagiert. Für den entscheidenden Abstimmungsprozess gegen die Pädagogikinitiative hat Roberto Ugg ein klares Ja-Parole. Auch weil Darbellay nicht mehr lange Präsident ist. Er wird bei der nächsten Delegiertenversammlung (DV) gegen seine persönliche Überzeugung nicht mehr antreten dürfen und argumentiert mit einem Begründungs im Vorfeld. Viele in der Partei interpretieren das Verhalten des Präsidenten auch unter diesem Eindruck.

Aus Schlussgewinn er doch
Darbellays Verhalten erweist aber nicht nur Kritik. Mitglieder und CVP-Verantwortliche Brigitte Hiltner-Keller (11) ist ebenfalls Mitglied der Initiative und will sich weiterhin für die Initiative engagieren. Der Entscheid der Delegierten ist ein kluger Gewinn, und es ist überlegt, dass die CVP Basis am 18. Mai anders werden wird. «Diese Freiheit nehme ich mir».

Darbellay will nun explizit auf diese Freiheit verzichten. Nach dem ersten Abstimmungsprozess dürfte das ein etwas kluges sein – die Pädagogikinitiative scheint deutlich angenommen zu werden. Der Präsident mag zwar in Zug verloren haben, seine Chancen, am 18. Mai dennoch auf der Seite der Jaer zu stehen, sind aber hoch.

Übermüdete Ärzte gefährden Patienten

70 Prozent der Ärzte arbeiten massiv zu viel. Das hat direkte Auswirkungen auf die Gesundheit der Patienten.

Raphaela Biner

Bei fast 70 Prozent der Hausärzte und Oberärzte wird das Arbeitspensum nicht eingehalten. Das sagt eine Studie der Verbände Schweizerischer Hausärzte und Oberärzte und Ärzte (VHO). Die Hälfte der 1200 Befragten arbeitet mehr als das gesetzlich vorgeschriebene Maximum von 50 Wochenstunden. Ein Viertel der Ärzte ist sogar über 60 Stunden im Einsatz. Im Durchschnitt arbeiten die Mediziner pro Woche 56,7 Stunden und können damit jährlich 60 Überstunden. Nur bei 20 Prozent wird die im Vertrag geregelte Wochenarbeitszeit nicht überschritten.

Zu wenig Regenerationszeit
68 werden aber die gebotenen Arbeitsstunden gar nicht gemacht. 20 Prozent der Befragten wissen nicht, wie viele Überstunden sie 2013 gemacht haben. Dabei dürfte diese Zahl auch viel höher liegen, folgert der Verband. Dazu kommt, dass Hausärzte und Oberärzte zu wenig Regenerationszeit haben. Über die Hälfte der Befragten hat im letzten Jahr mindestens einmal mehr als sieben Tage untrübe gearbeitet. Eine zu lange Dauerarbeit, mehr als 12 Wochenstunden oder jährlich über 1000 Stunden, dem insgesamt will einer oder mehrere dieser Kriterien auf 60 Prozent aller 1200 Mitglieder zu.

Der Verband geht davon aus, dass diese überhöhten Leistungen gegen die Arbeitsgesetz für die hohe Anzahl an Berufsunfähigkeiten verantwortlich sind. Eine Entlastung erspricht bei 1000 dem Wunsch der Ärzte. Über die Hälfte geht in der Umfrage an, maximal 40 Stunden pro Woche arbeiten zu wollen.

Schwer wiegen die Auswirkungen der Arbeitsüberforderungen auf das Patientenwohl. Fast 60 Prozent der Befragten keine haben schon persönlich erlebt, dass die Gesundheit eines Patienten wegen der Überforderung der Ärzteschaft gefährdet wurde. Früher und damit die Gefährdung vermehrt zu, je höher die ärztliche Belastung ist. Fast jeder zweite Arzt mit einer durch ärztliche Überforderung verursachten Erkrankung berichtet bereits über eine solche Situation.

«Ich kann nicht mehr»
Auch die Ärzteschaft selber leidet gross unter der Befragung an dem Folgen der massiven Überlast. Rund die Hälfte ist müde oder extrem müde. Ein Viertel ist körperlich und/oder emotional erschöpft und läßt sich häufig oder meistens angriffen. Jeder dritte Befragte hat gar keine Zeit, manchmal zu denken: «Ich kann nicht mehr».

Bei Auszubereiteten ist ein Gefühl der Überforderung und Erschöpfung besonders häufig vorhanden. Die Studie zeigt auf, dass Teilzeitärzte mit einem höheren Wohlbefinden der Ärzte einhergehen. Erschöpfung und Gefährdung von Patienten korrelieren mit Teilzeitbeschäftigung. Je länger man in der Ärzteschaft arbeitet, desto weniger ist die Gefahr, in die gleiche Situation zu geraten.

Pro Juventute

Sexualaufklärung und New Media
Die Stiftung Pro Juventute hat gestern ihre Kampagne «Sexualaufklärung und New Media» lanciert. Die soll an Eltern von Kindern und Jugendlichen richten. Durch die Verbreitung von sozialen Übergriffen werden diese immer früher und intensiver mit sexuellen Übergriffen konfrontiert und werden dabei auch an die sexuelle Bildung gehen. In einem Medienkommunikations- und Kulturforum oder in Gesprächen mit der Pädagogik Initiative, Pädagogen und einem Netzwerk sollen Eltern für die Gefahren des Internets sensibilisiert werden. Zudem soll die Pro Juventute Eltern über die Gefahren des Internets informieren. (sda)

von der 11-jährigen Jungen und 91 Prozent der Mädchen sexuelle Videos gesehen haben.

Das klingt dramatisch, helfen wir nicht etwas gefasster sein und darauf verzichten, dass Jugendliche das richtige Umgang damit haben?
Verantwortlich ist immer gut. Was kann darauf verzichten, dass die Kinder einen Weg finden. Aber wir sollten uns fragen, was es mit einem Kind macht, wenn es ungefragt sexuelle Übergriffe erhält. Früher war keine Pornografie nicht so in der Schweiz wie heute. Das macht sich immer ein Video beschaffen. Heute ist es nur ein Klick weit entfernt.

Früher waren es ein paar Schritte zum Internet.

Diese Studie weist aber darauf hin, dass das Schamgefühl überwinden, der Kindheit gegenüber zu stehen, das ist ein Jugendliches. Das ist vielleicht ein bisschen nicht so leicht. Das ist vielleicht etwas ganz so dem. Natürlich hat jedes Kind eine sexuelle Orientierung. Mit dem Internet haben wir einen Umgang gefunden, mit dem Internet haben wir ganz neue Wege gefunden. Diese Geschwindigkeit, die Entwicklung, die Flächenverbreitung, die macht etwas mit uns.

Kurz

Fall «Carlo»
Es wird im Kanton Zürich keine PKK geben

Mehr als zwei Stunden dauerten sich die Parteien im Kantonsrat zum Fall des jungen Straßens, der unter dem Namen «Carlo» bekannt geworden ist. Die DV und DVF haben die Einrichtung einer Parteipolitischen Untersuchungskommission (PKK) abgelehnt. Schließlich lehnte das Kantonsparlament eine PKK mit 54 zu 52 Stimmen ab. (sda)

Verwaltung
Das Öffentlichkeitsgesetz steht auf dem Prüfstand

Das 2006 beim Bund eingeführte Öffentlichkeitsgesetz wird immer häufiger beansprucht: Zwischen 2007 und 2010 wurden zwischen 220 und 250 Zugangsgesuche pro Jahr gestellt. 2011 gingen 466 Gesuche ein, 2012 bereits 511. Diese Geschäftslast überfordert offenbar einige Verwaltungsstellen. Deshalb hat das Bundesamt für Justiz (BJ) eine Studie in Auftrag gegeben. Sie soll aufzeigen, wie die Umsetzung des Öffentlichkeitsgesetzes funktioniert und welche Wirkungen davon ausgehen. (sda)

Kulturlandschaft
Kantone reichen Projekte zur Landschaftsentwicklung ein

20 Kantone haben heute beim Bund Projekte zur Aufwertung der Kulturlandschaft eingereicht. Dabei geht es um eine von einer kantonalen Ebene, die Pflege von Traditionen oder überwinden von Schwierigkeiten, und es werden Teile zur Landschaftsentwicklung betrachtet. Die Projekte wurden die 15 Projekte von 20 Kantonen – einzig Basel-Stadt fehlt. Die übrigen Projekte stammen zu 90 Prozent von der Bund. (sda)